

Fata Morgana Westtangente

Grüne verweisen auf Neuverschuldung der Stadt

Zum Ende der Sommerpause hat sich die Grüne Fraktion erneut mit dem Problem Westtangente und der dazu geführten Debatte in der Sitzung des Feriensenats befasst, heißt es in einer Mitteilung. Diese Debatte drehte sich im Wesentlichen um eine Straße, die über die B11 hinaus bis zu einem Anschluss an die B15 alt oder neu führen soll. Wer jedoch an diesen Anschluss glaube, jage einer Fata Morgana nach, so die Einschätzung der Grünen Fraktion. Es werde diesen Anschluss nicht geben, weil die dazu erforderliche Trasse auch durch das Gebiet der Gemeinde Tiefenbach verlaufen müsste. Deren Gemeinderat habe das aber einstimmig abgelehnt. Diesen Beschluss und die darin zum Ausdruck gebrachte Position der Gemeinde Tiefenbach sollte man in Landshut endlich ernst nehmen, heißt es in der Mitteilung weiter.

Demnach bliebe also nur eine Westtangente, die an der B11 ende und damit so gut wie nutzlos sei, was bekanntlich auch CSU und SPD so sehen, ohne deswegen allerdings bisher klare Position zur Abstimmung zu beziehen. Für die Grüne Fraktion fasste Stadtrat Hermann Metzger die Sachlage so zusammen: „Wer am 24. September für die Westtangente stimmt, bekommt eine Straße, die keiner wirk-

lich braucht. Er zahlt dafür den Preis mit einer massiven, dauerhaften und nicht wieder gut zu machenden Schädigung der stadtnahen Isarauen. Dass dieser Preis zu hoch ist, liegt auf der Hand.“

Dies umso mehr, als die Sache auch eine finanzielle Seite habe. Der Fraktionsvorsitzende Stefan Gruber verwies auf die Zahlen. Für die Jahre 2018 bis 2020 sehe die Investitionsplanung der Stadt eine Nettoneuverschuldung von insgesamt 31 Millionen Euro vor. In dieser Summe seien jedoch keinerlei Mittel für eine Westtangente enthalten, sagte Gruber.

Dies sei auch der Regierung unangenehm. Sie habe der Stadt signalisiert, dass sie keinesfalls 31 Millionen, sondern allenfalls 18 Millionen Nettoneuverschuldung, verteilt auf die drei Jahre, genehmigen werde. Und zwar ausschließlich zur Finanzierung der anstehenden Schulhausneubauten.

Damit erübrige sich das Rätselraten über die Höhe etwaiger Fördermittel aus der Staatskasse, denn in jedem Fall verbleibt ein stattlicher Eigenanteil bei der Stadt. Diesen wird sie laut Grüner Fraktion nicht bezahlen können, denn niemand werde die Eishalle, die Kindertagesstätten oder das Stadttheater deswegen opfern wollen.